

Veröffentlichung der „kommunalen Wärmeplanung“

Einwohner-Anfrage während der Ratssitzung am Di., 09.12.2025

Wenn ich durch die Straßen von Graupa gehe, fällt mir einerseits die ständig und enorm steigende Zahl an Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern und Wärmepumpen-Aggregaten an den Hauswänden auf. Besonders in den längeren Straßenzügen, z. B. Gärtnerweg, Richard-Wagner- oder Karl-Marx-Straße, kommt mir andererseits in den Sinn, dass die Anschlussdichte ans Pirnaer Stadtgasnetz durch die, die die „Wärmewende“ vollzogen haben / vollziehen, immer löchriger wird. Nachbarinnen und Nachbarn sprechen über die Umlegung von Netzentgelten und zu befürchtende Kostensteigerungen, über Unsicherheiten bei der Versorgungsperspektive, über mögliche Fehlinvestitionen beim Tausch von Öl- oder Gasheizungen. Gestern hat Katharina Reiche (CDU), Wirtschafts- und Energieministerin, ein Gesetz vorgelegt, dass Netzbetreibern erlaubt, künftig ihre Gasnetze stillzulegen. In einer Studie des Fraunhofer-Instituts wird dazu berechnet, dass die zu erwartende „Entgeltbremse“ um mehr als 2,5 Mrd. Euro billiger wird, wenn Netzbetreiber ihre Stilllegungspläne schon 2027 veröffentlichen und nicht erst 2035 (dann werden 4. 6 Mrd. € kalkuliert).

Die 1. Frage lautet: Wann veröffentlicht die Stadt Pirna die kommunale Wärmeplanung, so dass die Bürger*innen, Betriebe und Gewerbetreibenden erste Hinweise für ihre wirtschaftliche Planungssicherheit erhalten und lokale Wertschöpfung geplant bzw. generiert werden kann?

Am 24. August 2023 hat der Stadtentwicklungsausschuss den Auftrag für die Erstellung der „kommunalen Wärmeplanung“ an die Bietergemeinschaft EEB ENERKO Energiewirtschaftliche Beratung GmbH / greenventory GmbH vergeben. Um den Planungsprozess zur zukünftigen Wärmeversorgung in der Stadt zu beschleunigen, hat der Bund ab 11/2022 die Kommunen mit einer 90%igen Förderung ins Boot geholt und unterstützt. Laut Bürgermeister Dreßler solle die „Strategieplanung in 12 Monaten fertiggestellt sein“ (Auszug Protokoll SEA). Auf die Frage, wie die Kommunikation mit den Bürgern geplant sei, antwortete der BM: „Im Moment können die wesentlichen Fragen der Bürger*innen nicht beantworten werden; daher erscheint eine zu offensive Kommunikation kontraproduktiv.“ Am 06. September 2023, 13 Tage später, fand im Graupauer Schlosssaal zusammen mit einem Vertreter der SAENA, der Verbraucherberatung Sachsen und ca. 50 Bürger*innen eine städtische Veranstaltung zur „kommunalen Wärmeplanung“ und zu „Wärmepumpen in Bestandsgebäuden“ statt. Die Bürger*innen zeigten sich sehr interessiert und dankten für die Infos. Im „Statusbericht Klimaschutzarbeit 2024“, verabschiedet vom Rat der Stadt am 24.05.2025, heißt es, dass die Strategieplanung fertig sei und sie „im 1. Halbjahr 2025 den politischen Gremien sowie der Öffentlichkeit vorgestellt werden“ soll. Das ist bis jetzt, Ende 2025, nicht erfolgt.

Die 2. Frage lautet: Wann werden die Bürger*innen in 2026 möglichst präzise über die Zukunftsplanungen und damit darüber informiert, worauf sie sich wirtschaftlich so oder so vorbereiten müssen?

In der Leistungsbeschreibung für die Energieberatung heißt es im Arbeitspaket 6 „Kommunikationsstrategie“: „Während der Konzepterstellung wird die interessierte

Anfrage an Oberbürgermeister bzw. Verwaltung

Öffentlichkeit über Ziele der Untersuchung und Zwischenstände bspw. über die Website der Stadt informiert. Dazu sind vom Auftragnehmer entsprechende Textbausteine zu formulieren.“ (*Hat es sie gegeben? Meiner Wahrnehmung nach nie*) „Für die öffentliche Vorstellung der Ergebnisse in den politischen Gremien (Ausschuss, Stadtrat) sind wenigstens 2 Termine im Angebot zu kalkulieren.“ (*Laut TOPs von SEA und Rat hat es Präsentationen im öffentlichen Teil nie gegeben.*) „Für die nachfolgende Umsetzungsphase werden zusätzlich geeignete Instrumente ausgearbeitet, um bestimmte Bevölkerungsgruppen bzw. Energieverbraucher zielgerichtet zu erreichen. Je nach ausgearbeitetem, gebietsspezifischem Zielpfad (z.B. Nachverdichtungsgebiete der Fernwärme) werden Materialien und Wege der Ansprache vorgeschlagen, die dazu dienen sollen, Vorbehalte abzubauen und die Bevölkerung für die Notwendigkeit des nachhaltigen Umbaus der Wärmeversorgung zu sensibilisieren. Das Ziel ist dabei, möglichst alle Zielgruppen zu erreichen, um eine konsens- und unterstützungsorientierte Zusammenarbeit vorzubereiten. Dazu ist auch auf best-practice-Beispiele aus anderen Kommunen zurückzugreifen.“

Die 3. Frage lautet: Was waren die Gründe, dass die beauftragte und bezahlte Öffentlichkeitsarbeit nicht stattgefunden hat? Was wollen Rat und Verwaltung wann nutzen, um mögliche Vorbehalte abzubauen und die Bevölkerung für die Notwendigkeit einer zukünftigen Wärmeversorgung zu sensibilisieren?

Dieter Wiebusch